

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15



Inhalt

Erst nach einer Überprüfung der Menschenrechtssituation in der Türkei durch das "Europäische Komitee zur Verhütung von Folter" kann eine Abschiebung von kurdischen Straftätern verantwortet werden, stellt **Robert Antretter MdB**, fest.

Seite 1

Für eine Erneuerung des Patentwesens zugunsten von unabhängigen Erfindern sowie kleiner und mittlerer Unternehmen setzen sich **Prof. Dr. Uwe Jens MdB** und **Christian Müller MdB** ein.

Seite 2

Kinder dürfen nicht ins soziale Abseits abgleiten. Deshalb muß eine gerechtere Finanzierungsverteilung zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern gefunden werden, fordert **Michael Habermann MdB**.

Seite 3

Der Abbau der Ozonschicht geht dramatisch weiter. Die zögerliche Haltung der Bundesregierung beim Verbot der Ozonkiller beklagt **Monika Ganseforth MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 68

11. April 1994

Wird gefoltert oder nicht?

Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei muß überprüft werden

Von **Robert Antretter MdB**

Sprecher der SPD in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Das "Europäische Komitee zur Verhütung von Folter" sollte unverzüglich eine Delegation in die Türkei schicken, um die Verantwortbarkeit der Abschiebung kurdischer Straftäter zu untersuchen. Die Türkei hat als Mitglied des Europarates die "Europäische Konvention zu Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Strafe" unterzeichnet. Über die Einhaltung der in dieser Konventionen aufgeführten Verpflichtungen wacht ein Kontrollorgan, das "Europäische Komitee zur Verhütung von Folter", das das Recht hat, aus eigener Initiative Justizvollzugsanstalten in den Unterzeichnerstaaten zu inspizieren.

Dieses Kontrollorgan hat der Anti-Folterkonvention in einer "für die diplomatische Praxis des Europarates eher ungewohnten Deutlichkeit" bereits am 15. Dezember 1992 festgestellt, daß in der Türkei gefoltert wird. Nach einigen hoffnungsvollen Ansätzen, daß diese Praktiken abgestellt werden, mehren sich die Hinweise, daß die Regierung Ciller den Militärs bei der "Befriedung" der Kurdengebiete freie Hand läßt. Das "Europäische Komitee zur Verhütung von Folter" muß diesen, im übrigen auch von der amerikanischen Regierung erhobenen Behauptungen sofort nachgehen. In der Möglichkeit, direkt an Ort und Stelle die Behauptungen über menschenrechtswidrige Praktiken in Haftanstalten zu prüfen, liegt der große Fortschritt der europäischen Anti-Folter-Konvention.

Erst wenn ein Bericht dieses Komitees vorliegt, kann eine Abschiebung von kurdischen Straftätern verantwortet werden. Die Türkei hat die Europäische Menschenrechtskonvention nur mit einigen Vorbehalten unterzeichnet. Wenn die Türkei diese Vorbehalte aufgäbe, würden die Behauptungen der Regierung Ciller an Glaubwürdigkeit gewinnen, daß die Menschenrechte in der Türkei gewahrt werden.

(-/11. April 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Künftiger Umgang
nur verwenden Rohstoffe
Recycling-Papier



**Für eine Erneuerung des Patentwesens
Erfinder und Entdecker helfen den Technologiestandort Deutschland sichern**

**Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und
Christian Müller MdB**

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die von der Bundesregierung jetzt geplante pauschale Erhöhung der Patentgebühren ist ein Irrweg. Zu den Versäumnissen in der Forschungs- und Innovationsförderung der Bundesregierung gehört auch die jahrelange Vernachlässigung des Patentwesens in Deutschland. Wie internationale Patentvergleiche zeigen, ist die Bundesrepublik gegenüber ihren wichtigsten Wettbewerbern Japan und den USA stark zurückgefallen. Während in Deutschland die Zahl der Patentanmeldungen seit Jahren bei rund 32.000 stagniert und gegenüber den 60iger und 70iger Jahren sogar zurückgegangen ist, haben in Japan und den USA die Patentanmeldungen überaus stark zugenommen, im Zeitraum von 1981 bis 1991 in Japan von 100.000 auf 335.000 und den USA von 55.000 auf 91.000. Geradezu jämmerlich schneidet Deutschland zum Beispiel bei der zukunftsreichen Informationstechnik ab, wo im Jahr 1992 lediglich 230 Patentanmeldungen in Deutschland rund 25.000 in Japan gegenüberstehen.

Die düstere Patentbilanz Deutschlands läßt sich gewiß nicht mit einer pauschalen Gebührenerhöhung um 20 Prozent verbessern. Eine Exportnation wie die Bundesrepublik braucht ein leistungsfähiges Patentwesen, mit dem Erfindungen und neue Entwicklungen unterstützt und nicht durch überhöhte Patentgebühren erschwert werden. Das Bundespatentamt muß zu einer modernen Dienstleistungsbehörde umgebaut werden, in der zeitgemäßes Patentmanagement praktiziert wird. Patentamtspräsident Häusser kritisiert zurecht die Pläne der Bundesregierung.

Die SPD fordert deshalb:

1. Verzicht auf die pauschale Gebührenerhöhung;
2. Stattdessen Senkung der Patentgebühren um 50 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen, für freie und unabhängige Erfinder, Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, für wissenschaftliche Institute und nichtgewerbliche Einrichtungen; Erhöhung der Gebühren um 50 Prozent für Großunternehmen mit über 100 Millionen Umsatz und Konzerngesellschaften;
3. Einführung jährlich zu verleihender "Deutscher Technikpreise" für herausragende ingenieurwissenschaftliche Leistungen auf wichtigen technologischen Zukunftsfeldern über eine entsprechende Bundesstiftung, die auch Forschungsdarlehen an unabhängige Erfinder und Wissenschaftler vergeben kann nach dem Vorbild der Filmförderungsanstalt;
4. Wiedereinführung der von dieser Bundesregierung abgeschafften steuerlichen Vergünstigungen für Einnahmen aus Erfindungen und betrieblichen Verbesserungsvorschlägen von Arbeitnehmern;
5. Einrichtung eines Wagnisfonds zur Bereitstellung von zinsverbilligten Darlehen als Risikokapital zur gewerblichen Umsetzung von Erfindungen durch Betriebsgründungen durch unabhängige Erfinder oder Wissenschaftler;
6. Umbau des Patentamtes in eine moderne Patentmanagementbehörde und Aufbau eines leistungsfähigen Patentinformationssystems für die Bundesrepublik.

Ein leistungsfähiges Patentwesen ist die Grundlage und Voraussetzung für das Ausschöpfen der innovativen Kräfte in Deutschland. Eine breite Schicht unabhängiger, freiberuflicher Erfinder und Entdecker muß unterstützt sowie das Innovationspotential kleiner und mittlerer Unternehmen stärker mobilisiert werden. Nur durch eine Wende in der Technologie- und Innovationspolitik kann der Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland auch in Zukunft gesichert werden.

(-/11. April 1994/hgs/ks)

Kindergeld in Höhe des Existenzminimums
Kinder und Familien nicht ins soziale Abseits gleiten lassen

Von Michael Habermann MdB

Die FamilienpolitikerInnen der SPD-Bundestagsfraktion haben seit zwei Jahren das Modell der Kinderlastenausgleichskasse entwickelt. BILD hat bereits im Juni 1993 darüber berichtet. Was BILD nicht berichtet: Dieses Modell ist ein Diskussionsvorschlag für die SPD. Es findet sich deshalb so konkret nicht im aktuellen Regierungsprogramm. Die SPD will zuerst die Wahlen gewinnen. Wir müssen dann einen Kassensturz machen und daran anschließend sind erst konkretere Überlegungen zu dem notwendigen Umbau für einen sozial verträglich Kinderlastenausgleich sinnvoll.

Bis dahin gilt: 250,- DM Kindergeld für jedes Kind und Abschaffung der unsozialen Kinderfreibeträge.

Wie BILD bereits im Juni 1993 schrieb und es auch in vielen anderen Publikationen nachzulesen war, befassen sich die SPD-FamilienpolitikerInnen schon lange mit einem sozialgerechten, einfachen und wirksamen Kinderlastenausgleich. Voraussetzungen für diese Überlegungen sind: Die Lebensumstände für Kinder sind immer schlechter geworden. So lebt inzwischen jedes 9. Kind in der Sozialhilfe. Kinder stellen mittlerweile den größten Anteil in der Sozialhilfe dar.

Eltern werden derweil immer stärker zur Kasse gebeten. Sie finanzieren nicht nur ihr eigenes Kindergeld und die Kinderfreibeträge, sondern zahlen zusätzlich in die öffentlichen Kassen ein: Jahr für Jahr pro Kind 4.000 DM als direkte oder indirekte Steuerlast. Sie tragen in wesentlich höherem Maße als Kinderlose zum Steueraufkommen bei.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber einen klaren Auftrag gegeben. Kinder zu haben darf keine Nachteile bedeuten. Bestehende Benachteiligungen müssen in weiterem Umfang als bisher abgebaut werden.

Für die SPD ist klar: Es dürfen keine Kinder mehr in der Sozialhilfe leben! Kinder dürfen nicht Armutsrisiko Nr. 1 in unserer Gesellschaft bleiben. Für Kinder besteht seitens der Gesellschaft die gleiche Fürsorgepflicht wie für alte Menschen, Kranke oder Pflegebedürftige.

Alle gemeinsam müssen wir für die Kinder aufkommen, so wie diese später als Steuerzahler die öffentlichen Haushalte und als Beitragszahler für alle Renten aufkommen werden.

Der Grundsatzbeschluss der SPD gesteht den Kindern ein Kindergeld in Höhe des Existenzminimums zu und sieht eine gerechte Finanzierungsverteilung zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern diesbezüglich vor. Dieser Wiesbadener Parteitagbeschluss ist Grundlage für die Überlegungen der FamilienpolitikerInnen der SPD-Bundestagsfraktion. Er hat auch das aktuelle Regierungsprogramm der SPD beeinflusst.

Das Modell der Kinderlastenausgleichskasse der SPD-FamilienpolitikerInnen erfüllt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Es sieht aber auch vor, daß diejenigen, die bis heute die Lasten der Unterhaltsaufwendungen für Kinder alleine getragen haben, nicht mit ihrem gesamten Einkommen in die Solidaritätspflicht genommen werden.

Wer in unserer Gesellschaft einen fairen und wirksamen Nachteilsausgleich für Familien mit Kindern organisieren will, muß die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgehend erfüllen. Das ist das Ergebnis von zwölf Jahren Familienpolitik der jetzigen Bundesregierung.

Eine SPD regierte Bundesregierung wird deshalb eine sozialgerechte Politik für Familien gestalten.

(-/11. April 1994/hgs/ks)

Dramatischer Ozonabbau
Bundesregierung handelt nicht konsequent

Von Monika Gansforth MdB
**Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der
Erdatmosphäre"**

Der Ozonwert im März über Mitteleuropa ist der niedrigste bisher gemessene Wert seit 26 Jahren. Die neuen Daten zeigen, daß trotz internationaler Vereinbarungen zum Ausstieg beziehungsweise zur Reduzierung ozonzerstörender Substanzen, der Ozonabbau ungebrochen weitergeht.

Die bisher bekannten Folgen sind: Immundefekte, Hautkrebs und Augenerkrankungen beim Menschen, Ernteeinbußen durch eingeschränktes Pflanzenwachstum und Reduzierung der Photosyntheserate bei Phytoplankton um bis zu zwölf Prozent.

Jetzt rächt sich, daß die Bundesregierung nicht zügig und konsequent gehandelt hat, sondern sich auf lange Verhandlungen mit den FCKW-Herstellern und damit auf deren Verzögerungstaktik eingelassen hat.

- Durch die lange Lebensdauer der ozonzerstörenden Substanzen wird der Höhepunkt der Ozonzerstörung erst nach der Jahrtausendwende erreicht werden.
- Die Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht, die international und national getroffen wurden sind halbherzig. Die vereinbarten Ausstiegsfristen reichen teilweise bis ins nächste Jahrtausend, deutsche Firmen dürfen noch bis Mitte dieses Jahres FCKW herstellen, für zahlreiche Stoffe gibt es Ausnahmegenehmigungen, die die weitere Produktion und Anwendung erlauben.
- Längst nicht für alle ozonzerstörenden Substanzen ist die Beendigung der Nutzung geregelt, wie zum Beispiel für Distickstoffoxid oder Methylbromid. Hier baut sich weitgehend unbeachtet eine zweite Ozonzerstörungswelle auf.

Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit dem Schutz der Ozonschicht, dann muß sie sich fragen lassen, warum sie darauf pocht, Ausnahmen bei der Verwendung von Methylbromid in die neue EU-Verordnung aufzunehmen. Auch den völligen Verzicht auf die Verwendung von H-FCKW bis zum Jahr 2014 hält sie nach eigener Aussage für "keinesfalls zu kurz" und die festgelegte Obergrenze des H-FCKW-Verbrauchs bis zum Jahr 2000 für "ausreichend".

Demgegenüber sind die USA bereit, über die Vereinbarungen des Kopenhagener Protokolls hinauszugehen: zum Beispiel Verzicht auf Produktion und Anwendung von Methylbromid bis zum Jahr 2000 und Ausstieg aus H-FCKW mit hohem Ozonzerstörungspotential bis 2003. Schweden will ab 2000 sämtliche Anwendungen der H-FCKW verbieten. Die Bundesregierung sollte sich an diesen Staaten ein Beispiel nehmen.

Die zögerliche Haltung der Bundesregierung ist auch deshalb unverständlich, weil die Erfahrungen sowohl in der europäischen Gemeinschaft als auch weltweit gezeigt haben, daß der Verzicht auf ozonabbauende Stoffe rascher erfolgen kann und für die Wirtschaft mit deutlich niedrigeren Kosten als erwartet verbunden ist. Der Qualitätsstandard bei Gütern und Dienstleistungen konnte ohne Preiserhöhung gehalten werden. In vielen Fällen wurden relativ preiswerte, teilweise sogar rentable Alternativen zu ozonabbauenden Stoffen gefunden.

So erweist sich die immer wieder betonte angebliche Vorreiterrolle der Bundesrepublik in Sachen Ozonschutz nicht nur als bloßes Lippenbekenntnis und Augenwischerei, sondern hier werden auch Innovationschancen für die deutsche Wirtschaft verschlafen.

(-/11. April 1994/hgs/ks)
